



DIE GRÜNEN
WIEN



Kulturprogramm 2005

Impressum:

Grüner Klub im Rathaus
A-1082 Wien

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Marie Ringler

<http://wien.gruene.at>



Ines Doujak, Serie von 4 Plakaten, beidseitig bedruckt.

Auf dem Cover ein Sujet aus dem Projekt 'Dirty Old Women' zu den Themen Alter und Weiblichkeiten.

Das Projekt wurde aus den Mitteln des Wettbewerbs 'Kunst im öffentlichen Raum' der Wiener Grünen 2004 unterstützt.

Die Fotografien u.a. von Migrantinnen entstanden im Rahmen prozessorientierter Workshops und sind Basis einer Plakatserie im öffentlichen Raum.



Kunst und Kultur im Zentrum der Politik

Kunst- und Kultur rücken immer mehr ins Zentrum der Politik: es wird immer deutlicher, dass die vielfältigen gesellschaftlichen Veränderungen mit denen wir konfrontiert sind, mit den Mitteln der Wirtschafts- und Sozialpolitik alleine nicht mehr bewältigbar sind. Ob es die Frage des friedlichen Zusammenlebens unterschiedlicher ethnischer und religiöser Kulturen, oder die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft in wenige Reiche und viele Arme ist - immer leisten KünstlerInnen und Kulturschaffende Reflexion und kritische Auseinandersetzung, aber auch Vermittlung, die sonst nicht stattfinden würde.

Auch in einer Stadt wie Wien, die so reich an kulturellen und künstlerischen Aktivitäten ist, hat Kulturpolitik einen umfassenderen Auftrag als die bloße Verwaltung von Kunstsubventionen. Dass sie diesem nicht ausreichend nachkommt, wird viel zu oft schmerzhaft deutlich: nämlich dort, wo die regierende SPÖ Kulturpolitik sich dem glitzernden Schein verstärkter Opernförderung oder sommerlicher Lustspielhäuser hingibt, statt bei Defiziten wie der Nachwuchsförderung, der dezentralen Kunstversorgung oder Orten und Medien kritischer Reflexion anzusetzen.

Das vorliegende Programm, das in enger Diskussion mit Kunst- und Kulturschaffenden erarbeitet wurde, will Ansatzpunkte für eine nachhaltigere und zukunftsorientierte Kunst- und Kulturpolitik aufzeigen und so Grüne Handschrift sichtbar machen. Ich hoffe Sie finden darin interessante Ideen und Visionen und freue mich über Ihre Rückmeldungen!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Marie Ringler'.

Mag. Marie Ringler

Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin der Wiener Grünen, Kultursprecherin

marie.ringler@gruene.at

Kulturprogramm der Wiener Grünen 2005

Grundsätze Grüner Kulturpolitik	5
Fakten zum derzeitigen Kulturbudget	6
Genderaspekte und Kulturpolitik	6
Gesetzliche Grundlagen und allgemeine Rahmenbedingungen	7
Budgetschwerpunkte	8
Ein Kulturentwicklungsplan für Wien	9
Vergabeverfahren und Instrumentarien	9
Reform des Bezirkskulturbudgets	11
Internationale Vernetzung und Zusammenarbeit	12
Mehr Räume für Kultur – mehr kulturelle Vielfalt	13
Kulturelle Vielfalt / Kultur in einer weltoffenen Stadt	13
Dezentrale Kulturzentren stärken	15
Soziokulturelle Projekte und Alltagskultur fördern	15
Mehr Räume für Kultur	16
Landeskulturförderungsgesetz	17
Inter- und Transdisziplinarität	18
Zugänge zu Kultur verbessern	19
Zugang zu Kunst und Kultur	19
Kunstvermittlung	19
Künstlerische Ausbildung	20
Distributionsförderung	21
Musikschulen	21
Einzelne Aspekte/Themen Grüner Kulturpolitik	24
Ein Medienvielfaltsfonds muss her!	24
Theaterreform	24
Kunst im öffentlichen Raum	25
Gegenwartskunst	26
Filmförderung	27
Veranstalten einfacher machen! Weg mit der Tanzsteuer	28
Keine Parteifeste und keine automatische Förderung parteinaher Vereine mehr!	28
Neue Medienkunst	29
Förderung von zeitgenössischen Musikformen	30
Museumsquartier	31
Vereinigte Bühnen Wien	31
Büchereien Wien	32
Kultur im Exil	32

Grundsätze Grüner Kulturpolitik

Einleitung

Grüne Kulturpolitik in einer weltoffenen Stadt beobachtet gesellschaftliche Veränderungen, neue künstlerische Positionen und anerkennt Kunst und Kultur als einen Freiraum, der abseits von ökonomischen Interessen genutzt und finanziert werden muss. Besonderes Augenmerk gilt hier Genderaspekten, Interkulturalität, zeitgenössischen künstlerischen Strömungen, transdisziplinärer Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, dem Einsatz von neuen Technologien sowie den freien Medien.

Kultur ermöglicht Reflexion über uns und unsere Gesellschaft. Sie kann irritieren, provozieren und sich gesellschaftspolitisch engagieren. Grüne Kulturpolitik orientiert sich nicht nur an den Vorlieben einer Gruppe, sondern fördert die Vielfalt, gibt auch kritischen Minderheitspositionen eine Stimme. Mutige Kulturpolitik setzt Schwerpunkte und bezieht Stellung. Sie beschränkt sich dabei nicht auf reine Geldvergabe, sondern versteht sich als Politik im umfassenden Sinn.

Grüne Kulturpolitik fordert die kontinuierliche Erhöhung der Budgets und eine ressortinterne Umverteilung hin zu schwerpunkthafter Förderung zeitgenössischer Kunstformen und Medien. Sie zieht Trennlinien zwischen Kultur- und Wirtschaftsförderung und fordert ressortübergreifende Unterstützung von transdisziplinären Projekten.

Kunst und Kultur werden nicht im luftleeren Raum produziert und konsumiert, sie brauchen ein offenes politisches Klima, Sichtbarkeit, Raum und Ressourcen. Die Kulturpolitik in der offenen Stadt holt Kunst ins Zentrum der Gesellschaft, schafft Platz für Auseinandersetzung und Diskussion und vernetzt die Menschen in Wien und international. Vermittlung eröffnet größeren Bevölkerungsschichten neue Zugänge zu Kultur, verringert Schwellenängste und motiviert zur Teilnahme. Barrieren werden ausgeräumt und eine selbstbestimmte Teilhabe im Kulturbereich ermöglicht.

Die Kulturlandschaft Wiens ist zur Zeit von einer großen Undurchlässigkeit gekennzeichnet. Diese betrifft sowohl den Austausch verschiedener Sparten miteinander, als auch die Möglichkeit für neue Projekte, sich in etablierten Strukturen einzubringen und ihren Platz zu finden. Die Undurchlässigkeit ist auch an dem fehlenden Austausch zwischen den Generationen erkennbar. Ideen für eine andere Kulturpolitik in Wien sind da - sie müssen bloß aufgegriffen und umgesetzt werden.

Fakten zum derzeitigen Kulturbudget

Das derzeitige Kulturbudget ist durch seine große Unausgewogenheit gekennzeichnet. Diese Unausgewogenheit - am Beispiel des Budgets aus dem Jahre 2003 - zeigt sich in den krass unterschiedlichen Förderungshöhen für die einzelnen Institutionen. So erhalten 27 Institutionen jeweils mehr als EUR 1 Mio. und schöpfen insgesamt 71% (EUR 114 Mio.) der im Budget der Kulturabteilung der Stadt Wien (MA7) vorhandenen Mittel für Kunst und Kultur (EUR 161 Mio.) ab. Im Gegensatz dazu erhalten die restlichen 542 Institutionen weniger als EUR 1 Mio. und müssen sich mit 29% (EUR 47,4 Mio.) der Mittel begnügen.

Auch in den Förderungssummen der unterschiedlichen Sparten findet sich ein starkes Ungleichgewicht. Die drei Sparten Musik, Musiktheater und Theater erhalten zusammen über 60% der Gesamtförderungssumme. Sparten fernab der klassischen Repräsentationskultur wie Architektur, Netzkunst, Kunst im öffentlichen Raum, Installation, Design, Fotografie, Mode oder Performance erhalten pro Sparte finanzielle Mittel die verschwindende 1% oder weniger des Gesamtbudget ausmachen.

Innerhalb der Sparten setzt sich die Unausgewogenheit fort: So lukrieren ein Dutzend Theater 80% der Mittel für Darstellende Kunst (EUR 41,4 Mio.), die restlichen 169 Theatergruppen müssen sich mit 20% begnügen.

Genderaspekte und Kulturpolitik

Wie in allen anderen gesellschaftlichen Systemen gibt es auch im Kulturbereich ein starkes Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen. Dieses drückt sich etwa durch einen kleinen bis nicht vorhandenen Frauenanteil bei Vereinsvorständen und Intendanten aus. Auch unter den Top-VerdienerInnen der Branche gibt es nur wenige Frauen und selbst bei gleicher Arbeit verdienen Frauen oft weniger. Immer noch definieren Männer, was künstlerische Qualität ist, Wahrnehmungsstrukturen unserer Gesellschaft sind männlich geprägt - was das Argument widerlegt, dass es im Kunst- und Kulturbereich um Qualität statt um das Geschlecht gehe.

Kunst und Kultur als Mittel der Selbstreflexion können Möglichkeiten geben, bestehende Geschlechterrollen in Frage zu stellen und zu durchbrechen. Derartige Angebote im soziokulturellen Bereich und auf Bezirksebene sind daher besonders zu fördern.

Im Bereich der klassischen Repräsentationskultur wollen die Grünen dem Randgruppenstatus von Frauen entgegensteuern. Dies wäre etwa durch Quotenregelungen oder eine verstärkte Förderung von Künstlerinnen möglich. Erfolgreiche Künstlerinnen nehmen eine wichtige Vorbildfunktion ein.

Forderungen:

- Ein umfassendes Gender-Mainstreaming im Kulturbereich muss eingeführt werden.
- Der Frauenkulturbericht der Stadt Wien ist eine sinnvolle Maßnahme, er muss jedoch auch Auswirkungen auf Förderungsentscheidungen haben. Auch bei Personalentscheidungen, etwa bei der Besetzung von Intendanten, müssen Genderaspekte stärker berücksichtigt werden.
- Eine Gehaltsangleichung von Männern und Frauen in geförderten Institutionen ist als Bestandteil der Förderungsverträge mit aufzunehmen und zu überprüfen.
- Bei gleicher Qualifikation der BewerberInnen sollen freigewordene Stellen mit Frauen besetzt werden.

Gesetzliche Grundlagen und allgemeine Rahmenbedingungen

Künstlerische Produktion und Präsentation ist in Wien einer Vielzahl von bürokratischen Hürden ausgesetzt. Dies betrifft fast alle Bereiche: von FilmproduzentInnen über MusikveranstalterInnen bis hin zu Interventionen im öffentlichen Raum. Folgende Maßnahmen sind für die weitere Öffnung Wiens von Nöten:

- Vereinfachung der bürokratischen und rechtlichen Rahmenbedingungen (Veranstaltungs- und Veranstaltungstättengesetz).
- Erleichterung steuerlicher Rahmenbedingungen für alle VeranstalterInnen: Weitere Reform der Vergnügungssteuer zur Stärkung des unabhängigen Verleih- und Kinosektors, der MusikveranstalterInnen und Theater- und AusstellungsmacherInnen.
- Unterstützung von Interessensgemeinschaften von KünstlerInnen, Kulturschaffenden und Institutionen.
- KünstlerInnen an der Schnittstelle zwischen nonkommerziellen und kommerziellen Projekten müssen stärker unterstützt werden. Die Beratungsstelle "departure", die bisher Projekte im Bereich der "Creative Industries" betreut, muss stärker vermittelt und sichtbar gemacht werden. Sie kann helfen, finanzielle und bürokratische Hürden abzubauen.
- Die Zuständigkeiten bei spartenübergreifenden Angeboten und Förderungsansuchen müssen klar geregelt werden. Derartige Förderungsansuchen werden zwischen den Ressorts hin- und hergeschoben, was die Durchführung derartiger Projekte erheblich erschwert und Initiativen abwürgt.

Budgetschwerpunkte

Ab 2006 wird fast ein Drittel des Kunstbudgets für Musical und eine vierte Opernbühne im Theater an der Wien ausgegeben werden. Die von der SPÖ angekündigte Förderung von Gegenöffentlichkeiten, die Unterstützung von Diskurs und Diskussion, findet nicht statt. Vielmehr werden große Summen in Festival-Spektakel investiert. Gleichzeitig wird viel Geld in klassische Repräsentationskultur (wie das Volkstheater und das Theater in der Josefstadt) gesteckt.

Weiters werden parteinahe Kulturvereine in den Bezirken und die PartEIFeste (Donauinsel- und Stadtfest) gefördert. Eine Grüne Budgetverteilung setzt neue Schwerpunkte auf Basis eines Kulturentwicklungsplanes: Sie fordert die Abkehr von einer Subventionspolitik, welche 10 von 569 SubventionsempfängerInnen mit fast der Hälfte (49%) der gesamten Kulturberichtssumme fördert.

Ein Grünes Kulturbudget fördert nicht nur das bestehende und touristenwirksame Kulturleben der Stadt. Auch kleinere, innovative und interdisziplinäre Initiativen bekommen reale Chancen. Budgetprobleme dürfen nicht zu Lasten der kleinen Kulturinitiativen gehen. Ein Verlust dieser Projekte würde eine Verarmung des Wiener Kulturlebens bedeuten.

Die Stadt Wien benötigt einen Kulturentwicklungsplan, der gemeinsam mit Kulturschaffenden und ExpertInnen in einem partizipativen Prozess ausgearbeitet werden soll.

Forderungen:

- Verstärkte Kommunikation mit Kulturschaffenden und konstruktive Gespräche mit KünstlerInnen zu innovativen Projekten. Diese kann in der partizipativen Entwicklung des Kulturentwicklungsplanes, der verstärkten Nutzung der neuen Medien und in ständigen Treffen umgesetzt werden.
- Förderung intelligenten Diskurses und innovativer Ideen. Der bisherige übermäßige Schwerpunkt auf der reproduzierenden Kunst muss korrigiert werden. Auch neuartige künstlerische Formen brauchen Raum und Sichtbarkeit.
- Strukturell und budgetär gegensteuern, wenn verkrustete, verstaubte Strukturen eine Weiterentwicklung schlicht verhindern.
- Schwerpunkte im Bereich des interdisziplinären künstlerischen Schaffens und der Neuen Medien.
- Ausreichend Raum und finanzielle Mittel für Einzelpersonen, kleinere Organisationen sowie experimentelle und noch nicht etablierte Kunstformen und KünstlerInnen. Gerade kleinere und temporäre Projekte müssen stärker unterstützt werden.

- Unterstützung von Interessensgemeinschaften von KünstlerInnen, Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen.
- Erleichterung und Verstärkung von Kofinanzierungen für transdisziplinäre und ressortübergreifende Projekte (z.B. Frauen, Gesundheit, Migration, Wissenschaft). Als Beispiel sei hier das Projekt "artsience vienna" genannt: ein Projekt im Schnittfeld zwischen Kunst, Wissenschaft und Technologie mit Fokus auf gesellschaftspolitischen Diskursen des 21. Jahrhunderts.

Ein Kulturentwicklungsplan für Wien

In Zukunft soll die regierende Kulturpolitik einen Kulturentwicklungsplan mit Kulturschaffenden erstellen, der gemeinsam festlegt welche Schwerpunkte für Wien gesetzt werden sollen. In diesem partizipativ entwickelten Plan sollen bereits konkrete Ableitungen für die Budgetgestaltung enthalten sein.

Ein Teil dieses Kulturbudgets wird über Jurys und KuratorInnen verteilt. KuratorInnen erfüllen dabei im Gegensatz zu Jurys insbesondere die Aufgabe, eigene Schwerpunkte zu setzen und bestehende Lücken zu füllen. Ein Teil des Budgets bleibt der persönlichen Entscheidung des Stadtrates/der Stadträtin vorbehalten. DieseR hat die Verteilung dieser Mittel persönlich zu verantworten. So werden subjektive Entscheidungen transparent.

Vergabeverfahren und Instrumentarien

Dringend notwendig ist eine Überprüfung und Überarbeitung bestehender Verteilungsmechanismen. Statt automatischer Fortschreibung bestimmter Großsubventionen unter Hinweis auf (schlecht überprüfbare) Umwegrentabilität sind inhaltliche Akzentuierungen und Schwerpunkte erforderlich.

Aus grüner Sicht gibt es drei Arten, wie Entscheidungen getroffen werden können: Erstens im Rahmen einer partizipativen Auseinandersetzung mit Kulturschaffenden, zweitens durch KuratorInnen und Jurys und drittens als politische Entscheidungen. Letztere müssen dann auch als solche deklariert werden.

Grüne Kulturpolitik fordert "Budgetwahrheit" in Bezug auf versteckte Wirtschaftsförderung durch das Kulturbudget. Sie erachtet grundsätzlich die Förderung und Entwicklung der "Creative Industries" als wirtschaftsfördernde Maßnahme in Wien für wichtig. Eine Verkommerzialisierung von Kultur und die Förderung von gewinnorientierten Projekten wird jedoch abgelehnt, eine Förderung durch das Kulturbudget folglich auch.

Die Transparenz der Budgetvergabe muss Teil einer breiten Debatte mit den Kulturschaffenden und einer interessierten Öffentlichkeit werden.

Entscheidungen durch Jurys, Beiräte und KuratorInnen müssen transparenter werden. Nötig hierzu sind die Veröffentlichung aller Einreichungen und der (Zwischen-)Ergebnisse. Auch die Entscheidungssitzungen sind öffentlich abzuhalten. Weiters müssen die Einreichenden erfahren, warum ihr Projekt ausgewählt bzw. abgelehnt wurde. Eine derartige Transparenz zu schaffen ist zwar mit Mehraufwand verbunden, die dadurch geschaffenen Vorteile bezüglich der Transparenz überwiegen jedoch.

Forderungen:

- Veranstalter mit Jahressubventionen sollen Leitbilder entwickeln und öffentlich machen. Leitbilder beschreiben die programmatische Ausrichtung und die Zielgruppen einer Institution und werden von dieser entwickelt. Weiters bieten sie der Kulturpolitik und der Öffentlichkeit die Möglichkeit einer Evaluierung.
- Diese Leitbilder sind gemeinsam mit einer Leistungsvereinbarung in die Förder- und Leistungsverträge mit der Stadt Wien einzubringen. In den Förder- und Leistungsverträgen sind zudem Sanktionen festzulegen, was bei Nichteinhaltung der Vereinbarung durch die geförderte Institution geschieht. Insbesondere hoch dotierte Projekte (>1 Mio. EUR/Jahr) müssen sich einer derartigen Evaluierung stärker als bisher unterziehen.
- Ausschreibungen müssen ernst genommen werden und dürfen nicht zu "Scheinausschreibungen" verkommen. Mögliche Instrumente wären die bereits erwähnten öffentlichen Beirats- und Jurysitzungen oder die Bekanntmachung aller Einreichungen.
- Die Einführung eines Qualitätssiegels für transparente Kulturarbeit wäre ein richtiger Schritt. Dieses Siegel wird nicht von der Kulturverwaltung, sondern von Kulturschaffenden vergeben und berücksichtigt die zwei Aspekte nachvollziehbarer Kulturarbeit: Einerseits auf Seiten der Kulturverwaltung, andererseits bei den Institutionen selbst. Hierzu gehört die Veröffentlichung der Statuten, der Bilanzen, des Personalstellenplans etc. Das Siegel wird von Kulturinstitutionen an Kulturinstitutionen vergeben. Zur Zeit werden die Institutionen mit zunehmender Größe und Förderungshöhe immer intransparenter, dies muss sich in Zukunft ändern.
- Neben den Vergabeverfahren müssen auch die Förderungsstrukturen an sich öffentlich transparent gestaltet werden, so dass die Zugänge zu Förderungen klarer erkennbar werden. Auch innerhalb der Bezirke müssen Fördermöglichkeiten nachvollziehbarer dargestellt werden.

- Mehrheitlich oder mit mehr als EUR 100.000 öffentlich subventionierte Institutionen müssen stärker als bisher Rechenschaft über die Verwendung der Mittel ablegen. Hierzu gehört die Veröffentlichung der Statuten, der Bilanzen, des Personalstellenplans etc. Diese Informationen müssen auch Bestandteil der Förderungs- und Leistungsverträge werden.

Reform des Bezirkskulturbudgets

Die Umstrukturierung und inhaltliche Neuorientierung der Bezirkskulturbudgets ist ein wichtiger Schritt. Die fast ausschließliche Förderung parteinaher Kulturvereine in den Bezirken muss reduziert werden. In Liesing gehen beispielsweise 85% (EUR 97.000) des gesamten Kulturbudgets an SPÖ-, ÖVP-, und FPÖ-nahe Vereine, nur 15% stehen unabhängigen Institutionen zur Verfügung.

Forderungen:

- Die Förderung von parteinahen Vereinen muss reduziert werden, um finanzielle Mittel für neue Initiativen und Vereine freizusetzen.
- Im Bereich der Bezirkskultur muss eine größere Transparenz geschaffen werden. Die Möglichkeit zur Kulturförderung gemeinnütziger Institutionen muss aktiv beworben werden. Generell müssen die Informationen über die kulturellen Aktivitäten im Bezirk verbessert werden.
- Der emanzipatorische Aspekt kultureller Arbeit ist stärker zu berücksichtigen, eine aktive kulturelle Rolle ist jedem zu ermöglichen. Insbesondere im Bereich der Bezirkskultur ist dies entsprechend zu gewährleisten.
- Förderung spezifischer Gruppen: Im Mainstream nicht ausreichend repräsentierten Gruppen muss stärker die Möglichkeit zum kulturellen Ausdruck gegeben werden. Hier sind besonders interkulturelle Aktivitäten, die Förderung und Aktivierung von Jugendlichen und Angebote im Sinne des Gender Mainstreaming von Bedeutung.
- Der öffentliche Raum soll verstärkt thematisiert und für Kunst und Kultur zugänglich gemacht werden, um kulturelle Aktivitäten nicht ausschließlich "hinter verschlossenen Türen" anzusiedeln.
- Um eine zielgruppenorientierte Kulturpolitik zu fördern, soll jährlich ein Schwerpunkt gesetzt werden. Dieser kann sich sowohl auf eine bestimmte Thematik als auch auf eine spezifische Zielgruppe oder ausgewählte Kunstformen beziehen.

- Eine Reform der Bezirksfestwochen, die derzeit fast immer den gleichen Einheitsbrei bringen, ist notwendig. Hier müssen lokale oder gesellschaftspolitische Aspekte stärker berücksichtigt werden (etwa durch Frauenbezirksfestwochen wie bereits im 7. Bezirk durchgeführt).
- Als Grundlage für die politischen EntscheidungsträgerInnen in Kulturkommission und Finanzausschuss sollen formelle und inhaltliche Kriterien für die Auswahl von Kunst- und Kulturprojekten in Form von Leitlinien erarbeitet werden, anhand derer die Entscheidungen über die Vergabe von Fördermitteln getroffen werden.
- Ein regelmäßiger Bezirkskulturbericht in der Kulturkommission soll laufend über die kulturellen Aktivitäten des Bezirkes informieren.

Internationale Vernetzung und Zusammenarbeit

Die zentrale Lage innerhalb Europas, gerade nach der Erweiterung der Europäischen Union, birgt für Wien Chancen und Verpflichtungen zugleich. Ein neues Verständnis der Stadt als Partner in einem internationalen Netzwerk verlangt nach verstärktem Austausch regionaler und internationaler Kunst und Kultur. Die EU-Grenzen dürfen dabei nicht die Grenzen im Kopf bilden - Internationalität geht darüber hinaus!

Partnerstädte und -regionen, sowie neue Formen kulturellen Austauschs sollen die langfristige Verbindung von Menschen aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten stärken und ein schrittweises Vertrautwerden mit der jeweils anderen Lebensart ermöglichen. Voraussetzung dafür sind Strukturen für einen nachhaltigen und selbstverständlichen Austausch in Kultur, Kunst, Bildung und Wissenschaft, vor allem mit Mittel- und Osteuropa.

Forderungen:

- Forcierung von Partnerschaften und Mobilitätsprogrammen zwischen einzelnen Institutionen und Bezirken mit anderen Städten und Regionen: Entwicklung und Förderung von Kunstprojekten in Zusammenarbeit mit den PartnerInnen; Kontakte zu KünstlerInnen, VeranstalterInnen und Kulturverwaltung.
- Entwicklung von neuen Konzepten für interdisziplinäre Austausch- und Interventionsfelder: z.B. Universitäten, Musikschulen, Ateliers von KünstlerInnen, Kulturinitiativen, Bildungsreisen, MitarbeiterInnen der Kulturverwaltungen.
- Befristete Gästewohnungen und Stipendien für internationale KünstlerInnen aller Sparten in Wien, Herstellung von Kontakten mit österreichischen Szenen.

Mehr Räume für Kultur - mehr kulturelle Vielfalt

Kulturelle Vielfalt / Kultur in einer weltoffenen Stadt

Knapp ein Drittel der Wiener Bevölkerung hat einen anderen kulturellen/sprachlichen Hintergrund als die Mehrheitsgesellschaft. Dieser große Anteil an der Wiener Bevölkerung muss im kulturellen Bereich stärker miteinbezogen und berücksichtigt werden. Kulturelle Vielfalt ist ein wesentliches Merkmal für die Lebendigkeit einer Stadt.

Kultur von MigrantInnen und ihren Nachkommen darf dabei nicht als etwas Vorübergehendes verstanden werden. Es müssen langfristige Strukturen geschaffen werden, die eine dauerhafte Einbindung von MigrantInnen ermöglichen. Diese Einbindung muss dabei zwei zentrale Aspekte berücksichtigen. Der erste Aspekt berücksichtigt Kultur von und Kulturangebote für MigrantInnen. Diese müssen stärker als bisher Möglichkeiten zum Ausdruck ihres kulturellen Selbstverständnisses bekommen. Kultur wird dabei sowohl als menschliches Bedürfnis wie auch als gesellschaftlich bestimmendes Element verstanden. Der künstlerische und kulturelle Ausdruck der MigrantInnen muss stärker gefördert werden. Statt des ihnen bislang oft zugewiesenen Objektcharakters müssen sie - auch in der Kulturpolitik und -praxis - als politische Subjekte wahrgenommen werden, die Teil der Kulturpraxis und -produktion in Österreich sind.

Der zweite zentrale Aspekt betrifft die Integration und Aufnahme von MigrantInnen in die vermeintliche "Hochkultur". MigrantInnen müssen eine stärkere Präsenz in als abgeschottet wahrgenommenen (Kultur-)Räumen der Stadt bekommen. Statt die unterschiedlichen Kulturen von MigrantInnen folkloristisch abzuhandeln, bedarf es einer verstärkten Kooperation mit Projekten, die bislang Interkulturalität nicht als wichtigen Aspekt der Wiener Kultur betrachtet haben. In diesem Sinne muss Interkulturalität als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Die Förderung von Interkulturalität darf nicht nach dem Gießkannenprinzip als Randgruppenprogramm abgehandelt werden sondern muss stärker als Weg zu einer allgemeinen Weltoffenheit betrachtet und somit auch als Teil des kulturellen Mainstreams zur Selbstverständlichkeit werden.

Interkulturelle Angebote haben neben einem künstlerisch-kulturellen auch einen sozio-politischen und emanzipatorischen Auftrag. Neben ethnischen Unterschieden ist auch auf ökonomische und soziale Aspekte zu achten. Eine wesentliche Zugangsbarriere zu Kultur ist immer auch die finanzielle.

Forderungen:

- Erstellung eines Interkulturalitätsberichtes der Stadt Wien analog zum "Frauenkulturbericht".
- Erstellung eines interkulturellen Kulturkonzeptes unter Einbeziehung von best-practice-Modellen in anderen Großstädten.
- Die Einbindung von SpezialistInnen für interkulturelle Fragen in kulturpolitische Entscheidungen.
- Verstärkte Förderung von Strukturen (etwa Kulturzentren, aber auch und vor allem Basisfinanzierung von Interkulturellem) und ein Abgehen von bloßer Projektfinanzierung zur Ermöglichung kontinuierlicher Arbeit
- Förderung von (auch interkulturellen) Kulturangeboten für einkommensschwache Gruppen.
- Diversifizieren vorhandener Kulturräume, stärkere Präsenz von MigrantInnen auch in etablierten Räumen wie den Festwochen, dem Volkstheater, dem WienMuseum und den Vereinigten Bühnen und in den Außenbezirken, und zwar sowohl als Kulturschaffende als auch als Publikum.
- Förderung dezentraler Kultureinrichtungen.
- Förderung fremdsprachiger Film- und Theateraufführungen, mehrsprachiger Ausstellungen und -Aufführungen.
- Verstärkte Unterstützung und Zugänge für MigrantInnen zu kulturellen Institutionen wie Kulturzentren, Räumlichkeiten etc.
- Wiedereröffnung einer Büchereifiliale oder eines Bücherbusses für Jugendliche mit Migrationshintergrund oder mit Eltern mit Migrationshintergrund. Auch die Unterstützung von fremdsprachigen Tageszeitungsangeboten ist eine wichtige Maßnahme.
- Miteinbeziehung kultureller Aspekte in die Aufsuchende Jugendarbeit.
- Gezielte Förderung von künstlerischer Arbeit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.
- Kostenfreier Eintritt in kulturelle Veranstaltungen für AsylwerberInnen.

Dezentrale Kulturzentren stärken

Besonders in den Stadtteilen außerhalb des Gürtels müssen unter Ausnutzung vorhandener Strukturen (wie Schulen, Städtische Büchereien, Volkshochschulen, Musikschulen, Bezirksmuseen) multifunktionelle, dezentrale Stadtteil- und Kulturzentren geschaffen oder bestehende erweitert werden. Bisher wurden zuwenig Maßnahmen gesetzt.

Forderungen:

- Eine Reform der Bezirksfestwochen und Bezirkskulturbudgets ist notwendig (siehe oben).
- Die Kulturabteilung der Stadt Wien (MA7) sollte wechselnde Partnerschaften mit einzelnen Bezirken schließen, um stärkere Vernetzungen und Verknüpfungen zwischen etablierter Kunst und Bezirkskultur zu ermöglichen.
- Verstärkte Impulse im Bereich der Jugend- und Populärkultur.
- Einrichtung von multifunktionalen Kunststätten (Musikstudios, Ateliers, Veranstaltungsraum) in den Außenbezirken.
- Reform des Volksbildungswerkes.
- Erstellung eines Entwicklungsplans unter Heranziehung internationaler Vorbilder.
- Abstimmung mit dem Kulturstättenplan.
- Zusammenarbeit zwischen den Geschäftsgruppen des Wiener Magistrats, um besonders Projekte im öffentlichen Raum zu erleichtern.
- Multifunktionale Nutzung bestehender öffentlicher Einrichtungen z.B. auch für Musikschulunterricht.

Soziokulturelle Projekte und Alltagskultur fördern

Wien ist berühmt für Musik, Theater, Museen, kurz: Die altbewährte "Hochkultur". Zu Recht. Aber neben dieser etablierten Repräsentationskultur muss es auch noch andere kulturelle Angebote geben, die nicht so einfach imagebildend und touristenwirksam zu vermarkten sind. Hierzu zählen soziokulturelle Projekte, in denen Alltags-/Populärkultur stärker miteinbezogen wird. Die Erweiterung des Kulturbegriffs um diese Elemente der Kultur des täglichen Lebens ist zwar nicht neu, wird aber immer noch von einigen als "Kultur im Kleinen" abgewertet. Dieser Abwertung wollen die Grünen - auch budgetär -

entgegensteuern. Angebote, in denen Menschen ihre Lebensumstände einbringen können und die eine stärkere lokale Verankerung im Grätzel haben, sind wichtige Elemente zur kulturellen Selbstverwirklichung jedes und jeder Einzelnen. Dem emanzipatorischen Element von Kultur kommt gerade in diesen Angeboten eine wichtige Bedeutung zu. Bei der Verbesserung der derzeitigen Förderungsstrukturen ist wichtig, dass sowohl kurzfristigen Projekten wie auch längerfristigen Initiativen Unterstützung zukommt.

Forderungen:

- Auch im soziokulturellen Bereich müssen die Angebote stärker dezentralisiert werden. Die Wege zur Kultur müssen verkürzt werden.
- Gerade bei soziokulturellen Angeboten, die oft über klassische Spartengrenzen hinweggehen, sind die Zuständigkeiten für Förderungsansuchen oft unklar. Diese müssen daher eindeutig geklärt werden.
- Selbst klare Zuständigkeiten und Förderungsstrukturen helfen nichts, wenn sie nicht vermittelt werden und transparent für Menschen mit Ideen für interessante Projekte erkennbar sind. Hier müssen neue Wege der Vermittlung gefunden werden, zum Beispiel über das Internet.
- Die Informationen über die bestehenden Angebote im soziokulturellen Bereich müssen verbessert werden, etwa über einen Newsletter.
- Auch im soziokulturellen Bereich fehlt es an Räumen. Hier müssen zusätzliche Räume geschaffen werden und leerstehende Räume bereitgestellt werden.

Mehr Räume für Kultur

Probe-, Aufführungs-, und Produktionsräume (Ateliers) stellen für alle freien Kulturschaffenden die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung ihrer Programme/Projekte dar. Gleichzeitig verfügen sie nicht über die finanzielle Kraft, sich diese Räumlichkeiten (ständig) anzumieten.

Die Gemeinde Wien verfügt über leerstehende Immobilien, die (vorübergehend) einer künstlerischen Nutzung zugeführt werden können.

Zur Entwicklung langfristiger Strategien und für notwendige aktuelle Anpassungen an das sich ständig verändernde Umfeld würde ein Kulturstättenplan unverzichtbare Informationen und bietet Übersicht als Entscheidungsgrundlage liefern.

Damit verbunden ist eine permanente Beobachtung der Wiener Kulturentwicklung, die

präziseres und schnelleres Reagieren auf Trends (u.a. auch unter Einbeziehung einer qualifizierten Öffentlichkeit) und die Möglichkeit der Antizipation von marktrelevanten Entwicklungen bietet.

Forderungen:

- Ein Kulturstättenplan für Wien, der die Zusammenarbeit der über freistehende Räume verfügende Magistratsabteilungen forciert.
- Die Stadt Wien kann zur weiteren Erleichterung der temporären Nutzung von Räumen als Mietvertragspartnerin mit den Kulturinitiativen und KünstlerInnen auftreten.
- Wenn neue Räume für Kultur geschaffen werden sollen, müssen besonders die Bezirke berücksichtigt werden, die kulturell unterversorgt sind, wie etwa der 21. und 22. Bezirk.
- Öffnung von Häusern, die von der Stadt Wien finanziert werden, z.B. Theater zur Nutzung freier Gruppen.
- Einrichtung einer Koordinationsstelle für Gebäude- und Raummanagement, welche auch einen generellen Überblick über leerstehende Liegenschaften anbieten kann.
- Evaluierung der bestehenden (leer stehenden) Räumlichkeiten auf deren mögliche Adaptierung für kulturelle Aktivitäten.

Landeskulturförderungsgesetz

Ein Landeskulturförderungsgesetz soll Ziele und Prozedere der Wiener Kulturförderung festlegen. Wien ist das einzige Bundesland in Österreich ohne Landeskulturförderungsgesetz. Zentrale Inhalte wären etwa die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Förderungsentscheidungen und die Einführung von Leistungsverträgen.

Forderungen:

- Mehr Transparenz der Subventionsentscheidungen.
- KuratorInnen als Ergänzung der Kulturverwaltung von außen und/oder Moderatoren zur Koordinierung, Entlastung, Stimulierung von innen.
- Richtlinien und Ausschreibungsverfahren für Personalbesetzungen im Leitungsbereich kultureller Institutionen (wenn deren Finanzierung durch die Stadt Wien einen zu definierenden Umfang übersteigt).

Inter- und Transdisziplinarität

Dem internationalen Trend hin zu inter- und transdisziplinärer künstlerischer Arbeit zwischen Tanz und neuen Medien, Musik und bildender Kunst, Kunst am Internet und Interventionskunst ist durch die Förderung von dezentralen Produktionsräumen Rechnung zu tragen, was bisher kaum geschieht.

Forderungen:

- Ein "Offener Topf", der inhaltlich nicht definiert ist und für das jeweils interessanteste Projekt jährlich vergeben wird, sollte eingerichtet und von einer Jury vergeben werden. Eine Orientierungshilfe bietet der Innovationstopf der Kulturplattform Oberösterreich (KUPF). Hier wird jedes Jahr unter einem wechselnden Motto ein Wettbewerb ausgeschrieben, bei dem innovative Projekte aus Oberösterreich eingereicht werden können. Der Preis wird durch eine fünfköpfige Jury vergeben und ist mit mindestens EUR 75.000 dotiert.
- In dezentralen und interdisziplinären Kunsträumen sollten Proberäume für Musik, Tanz und Theater ebenso zur Verfügung stehen, wie hochqualitative Infrastruktur aus dem Bereich der Neuen Medien. Hier ist nicht nur Produktion, sondern auch theoretische Reflexion möglich und es finden Ausstellungen neben Aufführungen für hundert bis dreihundert Menschen statt. Besonders gut für ein derartiges Projekt würde sich das Künstlerhaus am Karlsplatz eignen.

Zugänge zu Kultur verbessern

Zugang zu Kunst und Kultur

Die Kulturpolitik muss der sozialen und altersspezifischen Pluralität der Gesellschaft Rechnung tragen. Vermittlungsmaßnahmen sollen größeren Bevölkerungsschichten einen neuen Zugang eröffnen, die "Schwellenangst" verringern und zur Teilnahme motivieren. Finanzielle Gründe dürfen kein Hindernis für den Zugang zu Kultureinrichtungen, Konzerten oder Museen sein.

Forderungen:

- Verstärkte Förderung von Kombitickets, bei denen Eintrittskarten gleichzeitig Karten für den öffentlichen Personennahverkehr sind.
- Die vermeintliche Hochkultur muss niedrigschwelliger werden, insbesondere durch lokale Angebote oder etwa Freikarten für SchülerInnen.
- Diskussionsrunden, Matineen und allgemein eine verstärkte Kommunikation sind Anliegen Grüner Kulturpolitik.
- Die Kulturabteilung der Stadt Wien (MA7) muss die Informationen über die Kulturangebote verstärken, insb. in den Bezirken.
- Freier oder reduzierter Eintritt an bestimmten Tagen in Museen und Ausstellungen (Kino-Montag, Theater-Dienstag, Museums-Freitag), die von der Stadt Wien gefördert werden. AsylwerberInnen sollten generell freien Eintritt zu Kulturveranstaltungen bekommen.
- Zeitgemäße Präsentation von Arbeiten professioneller Kulturinstitutionen in den Außenbezirken.

Kunstvermittlung

Um Kunst einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, bedarf es auch einer adäquaten Vermittlungsarbeit, die auch die unterschiedlichen sozialen Ausgangsbedingungen einbezieht. Anzustreben ist eine Verstärkung und Verbesserung der Kunstvermittlung in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenarbeit. Einzelne Zielgruppen sollen durch ihnen angepasste Programme angesprochen werden.

Forderungen:

- Einrichtung eines Kunstvermittlungstopfes, der Initiativen zur Kulturvermittlung nach dem Anreizsystem finanziell bezuschusst.
- Entwicklung und Verstärkung von Bildungsangeboten zu bildender Kunst, Gegenwartskunst und neuen Formen, sowohl in der Erwachsenenbildung als auch in der schulischen Allgemeinbildung, die Lust auf aktives Mitmachen und künstlerische Gestaltung wecken.
- Vermittlung von Medienkompetenz besonders in Bezug auf neueste Informations- und Kommunikationstechnologien und elektronische Medien (TV, Radio) und deren künstlerische Nutzung.
- Verpflichtung der Mitglieder hochsubventionierter Institutionen zur Zusammenarbeit mit Jugendlichen in Schulen. Einbeziehung von Kulturschaffenden bei der Erarbeitung eigener Werke in Schulen, Jugendzentren, z.B. nach dem Vorbild der Klangnetze. Hier wurde projektbezogen in Schulen mit BerufsmusikerInnen zeitgenössische Musik komponiert und musiziert.
- Bereitstellung eines ausreichenden Bildungsangebotes, welches keine Auslese zwischen "Begabten" und "weniger Begabten" trifft.
- Die Wege zur Kultur - auch rein örtlich gesehen - müssen verkürzt werden, deswegen müssen mehr dezentrale Angebote geschaffen werden.

Künstlerische Ausbildung

Im Kunst-, Kultur- und Medienbereich entstehen neue Arbeits- und Berufsfelder, die neue Qualifikationen benötigen. KünstlerInnen, Kreative und "cultural workers" müssen Qualitäten mitbringen, Fähigkeiten und Kompetenzen entwickeln, die in Zukunft auch in anderen Arbeits- und Gesellschaftsbereichen von Relevanz sind.

Zugang zu Information und Wissen ist eine Frage von sozialer und kultureller Gerechtigkeit. Die komplexen Zusammenhänge von Bildung, Ausbildung und Beschäftigung bedürfen einer ressortübergreifenden Planung zwischen den Bereichen Kunst, Kultur, Wissenschaft, Forschung und Medien. Verlangt ist eine Beseitigung von Defiziten bei den Aus- und Weiterbildungseinrichtungen und bei den einzelnen Ausbildungsprogrammen wie die Erarbeitung zeitgemäßer Interaktionsformen.

Forderungen:

- Entwicklung von berufsadäquaten Ausbildungsformen und -einrichtungen (z.B. Management-Weiterbildung für Kulturinstitutionen, flexible Ausbildungsmodule für elektronische Musik und zeitgenössischen Tanz).
- Förderung interdisziplinärer und flexibler Ausbildung, die den Anforderungen zeitgenössischer Entwicklungen gerecht werden kann (z.B. Studium irregulare, Reform und infrastrukturelle Verbesserung der Kunstuniversitäten).
- Bildungseinrichtungen wie etwa die Musikschulen oder das Konservatorium unter dem Einfluss der Stadt Wien müssen reformiert und den Bedürfnissen künstlerischer Arbeit im 21. Jahrhundert angepasst werden.

Distributionsförderung

Die notwendige Verstärkung öffentlicher Investitionen in den kreativen Bereich ist nur in Zusammenhang mit einer Verbesserung der Distributionsstrukturen sinnvoll, insbesondere für noch nicht etablierte KünstlerInnen und Kulturschaffende. Die Frage der Distribution ist entscheidend für die Entwicklung vieler Kulturbereiche, kann aber nicht abgekoppelt von internationalen Entwicklungen gesehen werden.

Forderungen:

- Verlagsförderung und Distributionsförderung u.a. durch Hilfestellung für Vereins- und Firmengründungen und EU-weite Vernetzung.
- Förderung der Distribution von Literatur, Musik, Film etc. durch das Internet. Die Stadt Wien ist gefordert, eine Position zu diesen neuen technologischen Möglichkeiten und ihren Auswirkungen auf die Kulturschaffenden und auf den Markt zu entwickeln.
- Förderung lokaler Distributionsstrukturen in Bezirken, Schulen und durch den Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien.

Musikschulen

Generell ist die Ausbildungssituation für Kinder im künstlerischen Bereich in Wien schlecht - hier müssen deutlich mehr Angebote, auch im Bereich der bildenden Kunst, geschaffen werden.

Wien begreift sich als Musikhauptstadt und stellt den Anspruch, talentierte MusikerInnen zu entdecken, auszubilden und zu fördern. Im Gegensatz zu Niederösterreich (152 Musikschulen für 1,5 Millionen EinwohnerInnen) gibt es in Wien nicht einmal eine Musikschule pro Bezirk, sondern insgesamt nur 17 Musikschulen für das gesamte Bundesland. Dies bedeutet, dass für 1,6 Millionen EinwohnerInnen nur 5.300 Plätze in den Wiener Musikschulen zur Verfügung stehen. Das Erlernen zumindest eines Musikinstrumentes sowie eine fundierte Musikerziehung für Kinder und Jugendliche in Wien ist daher nicht einmal im Ansatz gewährleistet.

Zudem legt die Stadt augenscheinlich nur Wert darauf, wenige hochtalentiertere Kinder und Jugendliche zu fördern. Eltern, die ihre Kinder einfach nur ein Instrument erlernen lassen wollen, haben nach den derzeitigen Aufnahmekriterien keine Chance auf Ausbildungsplätze für ihre Kinder. Nur wenige hochtalentiertere Kinder und Jugendliche haben die Möglichkeit auf einen der begehrten Plätze.

Auf die Tatsache, dass Wien eine Stadt vieler Kulturen ist, wird im Musikunterricht keinerlei Rücksicht genommen. Geige, Klavier und Kontrabass werden ebenso wie die Blockflöte oder die Tuba selbstverständlich unterrichtet. Nicht angeboten wird Unterricht, wo Kinder und Jugendliche Instrumente erlernen, die nicht zur klassischen Orchesterbesetzung zählen (Mandoline, Sitar, Tambura,...).

Forderungen:

- Verdoppelung der Plätze an bestehenden Musikschulen, um mehr Kindern und Jugendlichen das Erlernen eines Instruments zu ermöglichen.
- Zusätzliches Lehrpersonal, um die Kinder und Jugendlichen auch nach der Verdoppelung der Ausbildungsplätze auszubilden und einen qualitativ hochstehenden Unterricht zu gewährleisten.
- Die Einrichtung zusätzlicher Zweigstellen in Bezirken mit großer Fläche und wenigen bzw. keinen Musikschulen prüfen und die notwendigen Schritte zum Bau neuer Zweigstellen und Musikschulen in die Wege leiten.
- Der Zugang zu den Wiener Musikschulen muss niedrighschwelliger werden, um allen Kindern und Jugendlichen, die ein Instrument erlernen wollen, dies auch zu ermöglichen.
- Der Musikunterricht an den Wiener Musikschulen darf nicht nur einigen wenigen, hochtalentierten Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen, sondern es muss Sorge getragen werden, dass alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben, ein Instrument zu erlernen - unabhängig von Alter, Vorbildung und Herkunft.

- An den Wiener Musikschulen soll vermehrt ethnischer Musikunterricht stattfinden, der den Kindern und Jugendlichen das Erlernen eines oder mehrerer Instrumente ermöglicht, die nicht zur klassischen Orchesterbesetzung zählen.

Einzelne Aspekte/Themen Grüner Kulturpolitik

Ein Medienvielfaltsfonds muss her!

In der österreichischen Medienlandschaft sind Parallel- oder Gegenkulturen kaum zu sehen, zu hören oder zu lesen. Durch den Spiegel der Medien betrachtet scheint die Kultur in Österreich sich auf die klassische Repräsentationskultur zu beschränken. Gerade in Wien findet daher zwar viel Kultur statt, vielfältiger und spannender, experimenteller und internationaler, als die meisten wissen, aber in Absenz von Medien, die dieser Kulturproduktion nicht nur Bekanntheit verschaffen könnten, sondern auch als konstruktive KritikerInnen einen Dialog mit den ProduzentInnen in Gang setzen könnten. Der öffentliche Auftrag des ORF, auch Kunst und Kultur zu thematisieren, wird von diesem nicht ausreichend erfüllt.

Forderungen:

- Ein "Medienvielfaltsfonds" bietet die Möglichkeit, die Berichterstattungslücke zu schließen. MedienmacherInnen reichen ihre Umsetzungsvorschläge für ein öffentlich-rechtliches Programm ein und erhalten auf Grundlage klar definierter Kriterien Mittel dafür.
- Mittel für einen Medienvielfaltsfonds sind von der Kulturabteilung der Stadt Wien (MA7) bereitzustellen. Eine eigene Lösung auf Bundesebene, die aus Teilen der Rundfunkgebühren gespeist wird, ist außerdem denkbar.

Theaterreform

Die Wiener Theaterreform ist ein dringend notwendiger Prozess, überholte Förderungsstrukturen bei der Freien Szene und den so genannten Klein- und Mittelbühnen aufzubrechen. Mit dem "Leitbild zur Wiener Theaterreform" wurde der erste Schritt gemacht. Die Auflösung des Beiratsmodells, die Einsetzung der drei TheaterkuratorInnen und der Theaterjury folgten. Diese Gremien entschieden dann über die neuen Projekt- und Konzeptförderungen, was nicht immer problemfrei ablief. Grundsätzlich ist die Theaterreform jedoch der richtige Weg für die Theaterlandschaft Wiens. Aufbauend auf dem derzeitigen Stand ist aus Grüner Sicht für die erfolgreiche Fortsetzung folgendes notwendig:

- Ein zentraler Punkt ist die Akzeptanz der Empfehlungen der Jury und der KuratorInnen durch den Stadtrat/die Stadträtin. Die Theaterreform kann grundsätzlich nur dann ein Erfolg werden, wenn entscheidende Elemente, wie etwa die Förderungsentscheidungen durch Juries und KuratorInnen, von der Politik akzeptiert werden.

- Bei den Korrekturen im Bereich der Theaterreform müssen Genderaspekte stärker in die Entscheidungsprozesse der Entscheidungsgremien einfließen.
- In spezifischen Bereichen, wie etwa dem des interkulturellen Theaters, fordern die Grünen eine verbesserte Entscheidungsstruktur. Hier sind SpezialistInnen gefragt, die ausreichend Kompetenz und Wissen in diesem Bereich vorweisen können.
- Die Entflechtung von Mietverträgen und Intendanten ist grundsätzlich richtig. Trotzdem muss autonome und selbstorganisierte Kulturarbeit gewährleistet bleiben. Neue Modelle (z.B. ein autonomer Privatverein) sind ein Weg, diese Autonomie sicherzustellen.
- Die Fristen, innerhalb derer Gruppen und Theater Klarheit über ihre zukünftige Förderung erhalten, sind zu verkürzen. Denn: auch wenn es eine Neuordnung der Wiener Theaterlandschaft braucht, so kann diese nicht auf dem Rücken der sozialen Situation der Theaterschaffenden ausgetragen werden.
- Als zentrales Projekt für das Jahr 2006 steht die Umsetzung der angedachten Koproduktionshäuser an. Ohne die Einrichtung der Koproduktionshäuser würde ein zentraler Eckstein der Reform fehlen.

Kunst im öffentlichen Raum

Die Stadt als Kommunikationsraum soll den BewohnerInnen eine Auseinandersetzung mit Kunst ermöglichen, die neben Skulptur und Objekt, auch temporäre und prozesshafte Projekte beinhalten. Dabei spielt auch die Vermittlung der Kunst eine wesentliche Rolle. Gleichzeitig muss Kunst im öffentlichen Raum Kommunikation mit und über die Stadt ermöglichen, und darf nicht zur reinen Dekoration verkommen.

Der von der Stadt Wien finanzierte Fonds "Kunst im öffentlichen Raum" hat innovative Projekte zu unterstützen, welche sichtbare Veränderungen im öffentlichen Raum (temporär oder nachhaltig) erzielen. Dabei darf es nicht nur um dekorative Zwecke gehen, stattdessen soll durch Kunstprojekte auch Reibung und Konflikt im öffentlichen Raum ermöglicht werden. Die Beurteilung und Auslobung hat durch eine unabhängige Jury zu erfolgen.

Forderungen:

- Die gesetzliche Verankerung von Kunst im öffentlichen Raum über den Fonds für Kunst im öffentlichen Raum hinausgehend.

- Für die Finanzierung von Kunst im öffentlichen Raum 2% der im Budget der Gemeinde Wien für Bauvorhaben vorgesehene Ansätze auf ein zweckgewidmetes Einnahmekonto als Pool.
- Die Vergabe von Geldern für Kunst im öffentlichen Raum muss durch unabhängige Jurys erfolgen.
- Die Einbeziehung von KünstlerInnen in die allgemeine stadtplanerische Entwicklung und in den "Fachbeirat für Stadtplanung und -gestaltung".

Gegenwartskunst

Wien muss sein Image, traditionsverhaftet zu sein, überwinden und neue kulturelle Akzente setzen. Nicht nur die international anerkannten Projekte zeitgenössischer Kunst brauchen mehr Raum und Ressourcen. Gegenwartskunst braucht Förderung, Aufmerksamkeit, Raum.

Forderungen:

- Deutliche Budgeterhöhung für Gegenwartskunst.
- Stärkere Berücksichtigung von zeitgenössischer und experimenteller Kunst in der Förderungspolitik (Budget- und Personalentscheidungen) und bei Großveranstaltungen der Stadt Wien.
- Verstärkte Stipendien und Startfinanzierungen für experimentelles und zeitgenössisches Kunstschaffen.
- Förderung von Theoriebildung und Diskussionen zu zeitgenössischer Kunst und Kultur.
- Einrichtung einer zentralen Koordinationsstelle zur Stärkung der medialen Präsenz von jungen KünstlerInnen.
- Die Förderung noch nicht etablierter KünstlerInnen ist zentrales Prinzip. Damit wird nicht nur dem Bedarf nach adäquat ausgerüsteten, multifunktionellen Probe- und Auführungsräumen Rechnung getragen, sondern auch Impulse in Richtung Transdisziplinarität und theoretischer Auseinandersetzung und Vermittlung gesetzt. Das Prinzip der Generationengerechtigkeit und eine stärkere Durchlässigkeit für junge KünstlerInnen muss angestrebt werden.

Filmförderung

Film kann sowohl regional als auch international den Zugang breiter Bevölkerungsschichten zu kulturellen Eigenarten und Differenzen ermöglichen. Hierfür ist jedoch eine Verstärkung der Förderung im Vermittlungsbereich notwendig.

Das kulturelle Produkt Film benötigt zu seiner Herstellung und Verbreitung industriell organisierte Produktionsmittel. Wien verfügt über ein hohes kreatives Potential, das in der Lage wäre, den steigenden Content-Bedarf in alten und neuen Medien mit kulturell eigenständigen Leistungen zu befriedigen. Dies setzt jedoch die Aufrechterhaltung bzw. Stärkung der Filmwirtschaft als tragende Säule des Medienstandortes Wien voraus. Dafür sind strukturierte Förderungsmaßnahmen von der Aus- und Weiterbildung über die Herstellung bis zur Verwertung notwendig. Außerdem muss eine Vernetzung und Zentralisierung im Archiv- und Datenbankbereich ermöglicht werden.

Wien muss sich dabei stärker als bisher als Filmstadt positionieren - sowohl nach innen wie auch nach außen.

Forderungen:

- Schaffung eines Kompetenzzentrums zur Koordinierung und Vernetzung der Archive und Datenbanken, sowie eine Verstärkung der Vermarktung Wiens als Filmstadt.
- Gezielte Nachwuchs- und Weiterbildungsförderung durch eine Bildungsoffensive für Film und Medien.
- Einrichtung eines Vermittlungstopfes, der Vermittlungsangebote im Filmbereich fördert.
- Erarbeitung eines Konzeptes zur verstärkten Förderung vor dem Filmdreh, etwa eine neue Drehbuchförderung.
- Aufstockung der dem Wiener Film Fonds zur Verfügung stehenden Mittel, eine weitere Aufstockung muss für einen gesonderten Fernsehfonds erfolgen.
- Stärkung des nicht ausschließlich kommerziellen Verleih- und Vertriebswesens.
- Projekte zur Vermittlung von Medienkompetenz: z.B. eine Schulfilmwoche oder die Erstellung einer DVD-Reihe österreichischer Filme.
- Um die Programmierung eines qualitativ hochwertigen Kinoangebotes sicherzustellen, bedarf es zusätzlicher Mittel für die Kinoförderung (besonders für jene Kinos, die nicht ausschließlich Kinoprogramm anbieten) und einer Zweckbindung der Steuereinnahmen aus der Vergünstigungssteuer für Film- und Kinoförderung.

- Da der Filmstandort Wien von den gesamtösterreichischen Investitionen in Film nicht isoliert betrachtet werden kann, ist eine verstärkte Förderung von Seiten des Bundes unabdingbar.

Veranstalten einfacher machen! Weg mit der Tanzsteuer

VeranstalterInnen in Wien haben mit drei Problemen zu kämpfen: Tanzsteuer, kompliziertes Anmeldewesen und Einschränkungen bei der Nutzung des öffentlichen Raums. Bei allem Verständnis für die Bedürfnisse der AnrainerInnen, auch die letzte Novellierung des Veranstaltungsgesetzes bringt hier keine Verbesserungen, sondern prolongiert lediglich die Rechtsunsicherheit, sowohl für AnrainerInnen als auch für VeranstalterInnen.

Mit diesem Gesetz wurde noch immer nicht präzisiert, wie laut man tatsächlich sein darf. Außerdem ist nach der Novellierung des Gesetzes durch die SPÖ festgehalten, dass an einem Ort nur zehn Veranstaltungen pro Jahr stattfinden dürfen. Weitere Veranstaltungen bedürfen einer Ausnahmegenehmigung, was eine eklatante Einschränkung der Nutzung des öffentlichen Raums für Veranstaltungen bedeutet.

Weg mit der Beamtenwillkür: sowohl bei der Vergnügungssteuerpflicht für Tanz obliegt es den Beamten zu entscheiden "ob" jemand tanzt, als auch beim neuen Veranstaltungsgesetz wie hoch die Lautstärke tatsächlich sein darf. Hier müssen klare Regelungen gefunden werden.

Forderungen:

- Abschaffung der Tanzsteuer.
- Vereinfachung der Veranstaltungsanmeldung und der Auflagen.
- Öffnung des öffentlichen Raums für Veranstaltungen, statt dessen Einschränkung.

Keine Parteifeste und keine automatische Förderung parteinaher Vereine mehr!

Die beiden konkurrierenden großen Wiener Stadtfeste (Donauinselfest, Stadtfest) bieten SPÖ und ÖVP jeweils Selbstdarstellungsmöglichkeiten im Kulturmantel. Prinzipiell spricht nichts gegen Stadtfeste, aber entweder sind sie Parteifeste ohne Subventionen oder parteiunabhängige Stadtfeste.

Forderungen:

- Parteifeste müssen als solche gekennzeichnet und ohne Subventionen durchgeführt werden oder parteiunabhängig stattfinden.
- Eine parteiunabhängige Organisationsform könnte ein echtes Stadtfest/Donauinselfest auch qualitativ bereichern und künstlerische Schwerpunkte für Wien setzen.

Neue Medienkunst

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) bieten gerade den Kunst- und Kulturschaffenden, aber auch deren RezipientInnen vielfältigste neue Möglichkeiten von Produktion und Distribution.

Wien kann sich durch einen Schwerpunkt auf die verstärkte Einbeziehung von neuen Medien in Kunstproduktion und -rezeption als moderne Stadt und Medienstandort etablieren und muss hier entsprechende Rahmenbedingungen und Projekte unterstützen.

Forderungen:

- Netzkunst als Teil der Neuen Medienkunst muss verstärkt gefördert werden.
- Zweckgebundene Budgetmittel für Kunstprojekte im Bereich Neuer Medien und jährliche budgetäre Schwerpunktsetzung.
- Schaffung der Voraussetzungen für eine Breitband-Anbindung von Kulturinstitutionen.
- Förderung von Medienkompetenz durch entsprechende Institutionen und Schaffung von Kompetenzstellen an der Schnittstelle zwischen Neuen Medien und Kultur.
- Förderung der Entwicklung und Erweiterung von anerkannten Organisationen in diesem Bereich.
- Verstärkung von Zugängen und Vermittlungsinstanzen zu neuen Medien durch Bereitstellung öffentlichen Raums (Internet-Cafés, Städtische Büchereien, Schulen, Berufsschulen, Jugendzentren, Altersheimen, Gemeindebauten) mit Betreuung und Vermittlungsarbeit.
- Förderung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien auch für die Distribution von Musik, Theorie und Diskussion.

- Förderung transdisziplinärer Zusammenarbeit im Bereich neuester Kommunikations- und Informationstechnologien von Kulturschaffenden aus den Bereichen Kunst, Musik, Design.

Förderung von zeitgenössischen Musikformen

Musik ist in Wien zwischen neuer Kreativität und bewahrender Repräsentation polarisiert:

In Wien existieren musikalische Szenen, deren Arbeit zunehmend an 'Heimarbeitplätzen' entsteht und als Wiener 'Marke' in internationalen Fachzeitschriften und Musikerkreisen wahrgenommen wird (v.a. elektronische und improvisierte/komprovisierte Musik).

Im Bereich musikalischer Veranstaltungen fällt das Ungleichgewicht der Subventionierung zugunsten der klassischen Repräsentationskultur besonders hoch aus. Musikförderung in Wien bedeutet zu einem großen Anteil eine ersatzweise Wirtschafts- und Tourismusförderung. Wien kennt keine Kultur der Musikinstallation. Wien hat fast keine 'Kleinbühne' für musikalische Skizzen, Vorarbeiten und Experimente.

Wien kennzeichnete sich über Jahrhunderte durch eine besondere Innovativität aus, diese sollte daher auch verstärkt gefördert werden.

Forderungen:

- Förderung von gemeinsamen laborartigen Werkstatt-Strukturen mit breiter (Audio- und Video) Internettechnologie, bei gleichzeitiger Berücksichtigung von individueller 'Infrastruktur' (Hard- und Software).
- Neuordnung/Neubewertung der Veranstaltungsstruktur in Wien im Hinblick auf die Kostenwahrheit, d.h. die tatsächlichen Nutznießer von Musikförderungen.
- Förderung und Fokussierung auf Festivals und Veranstalter mit aktuellem Musikschaffen.
- Förderung von Informations- und Dienstleistungseinrichtungen (wie z.B. mica) und Verknüpfung mit internationalen Partnerorganisationen.
- Förderung eines Zentrums für Audio Art & Elektronische Musik.

Museumsquartier

Das Museumsquartier (MQ) ist der wichtigste Kultur-Neubau Wiens. Entsprechend seiner Wertigkeit im kulturellen Gefüge hat die Stadt Wien hier eine besondere Verantwortung wahrzunehmen, um das diffizile Gleichgewicht der vertretenen Institutionen zu bewahren und gleichzeitig das MQ am Puls der Zeit zu bewahren.

Das Museumsquartier bezieht seine besondere Qualität aus dem Spannungsfeld, das durch die Kombination von großen Museen und Institutionen mit einer Vielfalt an kleineren zeitgenössischen und experimentellen Projekten und Initiativen entsteht. Nur dieser Mix kann gewährleisten, dass neben TouristInnen auch unterschiedliche lokale BesucherInnen-/BenutzerInnengruppen angezogen werden und das Projekt die notwendige breite Akzeptanz erfährt.

Die Museumsquartier Errichtungs- und Betriebs GmbH hat für die entsprechende Umsetzung dieses Konzeptes zu sorgen und soll als Funktion eines Enablers allen im MQ präsenten Institutionen bei optimaler Vermarktung und Administration behilflich sein.

Forderung:

- Die Stadt Wien muss hier einen aktiven Beitrag dazu leisten, dieses Spannungsfeld auch im Dauerbetrieb des Museumsquartiers zu erhalten und zu fördern. Die dazu notwendige Autonomie und Vielfalt der Kulturschaffenden und -formen innerhalb des Museumsquartiers müssen gesichert werden.

Vereinigte Bühnen Wien

Das sozialdemokratische Wien schenkt dem bürgerlich-staatstragenden Publikum ein neues Opernhaus. Ein viertes Wiener Opernhaus wird mit 21 Millionen Euro jährlich finanziert - denn neben Staatsoper und Volksoper steht auch die Kammeroper dem Publikum allabendlich offen.

Parallel wird das Ronacher um 45 Millionen Euro zu einem vollwertigen Musicaltheater umgebaut. Diese Umbaumaßnahmen sind aus Grüner Sicht nicht notwendig.

Forderungen:

- Revidierung des Grundsatzbeschlusses, das Theater an der Wien in ein Opernhaus und das Ronacher zu einer vollwertigen zweiten Musicalbühne auszubauen.

- Transparenz über kaufmännische Gebarung der Vereinigten Bühnen Wien und ihre Ausgabenstruktur. Dies soll durch vierteljährliche Berichte an den Kulturausschuss, die Ausschreibung der Intendanten und die Miteinbeziehung des Stadtrates/der Stadträtin bei derartigen Entscheidungen erreicht werden .

Büchereien Wien

Bei den Büchereien Wien sind Veränderungen notwendig, um diese wichtige Institution weiterhin als attraktiven, benutzerInnenfreundlichen Anlaufpunkt für die Bereitstellung aktueller Medienangebote zu erhalten.

Die Errichtung neuer Filialen wie die Hauptbücherei und die neue Bücherei Philadelphia-Brücke im Einkaufszentrum Arcade in Meidling wird von den Grünen grundsätzlich begrüßt. Allerdings werden solche Projekte durch die Einsparungen am Personal und ein mangelhaftes Medienangebot in ihren positiven Auswirkungen eingeschränkt.

Forderungen:

- Die Aufstockung des Personals in den Büchereien ist dringend erforderlich. Die Einstellung von Hilfskräften kann hier langfristig keine Lösung sein.
- Die Betreuung der Internetgalerie in der Hauptbücherei und besonders der Extraabteilung für Frauen muss verbessert werden.
- Die Öffnungszeiten der Büchereien sind für eine Großstadt wie Wien wenig kundenfreundlich. Die Verlängerung der Öffnungszeiten in der Hauptbücherei ist ein wichtiger Schritt, dem jedoch noch weitere folgen müssen.
- Die Schließung bzw. Auslagerung der Lehrlingsbüchereien war ein Fehler, der rückgängig gemacht werden muss. Diese Einrichtung bot die Möglichkeit, ein Lesepublikum zu betreuen, das sehr oft nicht den Weg in die Büchereien findet.
- Das Medienangebot in den Büchereien entspricht in Umfang und Aktualität noch nicht den Anforderungen einer Großstadt und sollte dringend aufgestockt werden.

Kultur im Exil

Kulturschaffende, die während der NS-Zeit Österreich verlassen mussten und nicht wieder zurückkehrten, werden nur unzureichend in Österreich wahrgenommen. Vereine, die sich auf internationalem Terrain darum kümmern, das Werk dieser KünstlerInnen zu erforschen, zu verbreiten und ins Bewusstsein zu rücken, werden von der Kulturpolitik nur unzureichend gefördert. Hierbei geht es sowohl um das Kunstschaffen ermordeter KünstlerInnen als auch um das Werk derer, die sich noch im Ausland befinden. Bestehende Vereine, wie etwa der "Orpheus Trust" und die "Theodor Kramer Gesellschaft" können nur unter dem Preis der Selbstausschöpfung und unter ständiger Daseinsgefährdung arbeiten. Problematisch in diesem Bereich ist die erfolgte Umstellung auf Projektförderung - hier sollte eine Rückkehr zur Strukturförderung erfolgen, um die Aufrechterhaltung bestehender Institutionen zu ermöglichen und kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten.

Forderungen:

- Aufstockung der Jahressubventionen durch die Stadt Wien
- Grundsätzliche Rückkehr von der Projekt- zur Strukturförderung

Kontakt zu den Grünen

Wir freuen uns über Ihre Ideen, Anmerkungen und Kommentare!

Mag. Marie Ringler

Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin der Wiener Grünen
Kultur- und Technologiesprecherin

Grüner Klub im Rathaus
A-1082 Wien

marie.ringler@gruene.at
<http://wien.gruene.at/kultur>
<http://www.marieringler.at>

Tel: +43-1-4000-81800

Alexander Ostleitner

Referent für Kultur- und Technologiepolitik

Grüner Klub im Rathaus
A-1082 Wien

alexander.ostleitner@gruene.at
<http://wien.gruene.at/kultur>

Tel: +43-1-4000-81839